

# Lesetips

## Lohnunterschiede

Die Vergütungsunterschiede zwischen den Branchen sind hierzulande traditionell groß. Und sie werden größer. Das belegt eine Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, deren Ergebnisse in den aktuellen WSI-Mitteilungen dargestellt sind. Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs, vergleicht in dem Beitrag die Entwicklung der Tariflöhne in der Metallindustrie, dem Bank- und Versicherungsgewerbe, dem Gesundheitswesen sowie im Sozial- und Erziehungsdienst. Das Ergebnis bestätigt zum einen die eklatanten Einkommensunterschiede zwischen männlich und weiblich dominierten Branchen. So lag die Einstiegsvergütung einer Krankenschwester mit staatlicher Anerkennung im Jahr 2010 bei 2218 Euro im Monat. Ein Metallbeschäftigter mit Berufsausbildung verdiente monatlich fast 1000 Euro mehr. Warum eigentlich? Die Studie zeigt zudem, daß sich die Differenz in den vergangenen 15 Jahren noch deutlich vergrößert hat. So legten die Tarifvergütungen in der Metallindustrie zwischen 1995 und 2010 um durchschnittlich 55 Prozent zu. Im öffentlichen Dienst war der Anstieg im gleichen Zeitraum mit 22 Prozent nicht einmal halb so hoch. Zugleich wurden familienbezogene Vergütungselemente mit dem Wechsel des Tarifsystems vom BAT zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) abgeschafft. Die Einkommen von Eltern im Staatsdienst haben sich also noch schlechter entwickelt.

(jW)

**WSI-Mitteilungen, 3/2013, 72 Seiten, Jahresabo: 88,20 Euro. [www.wsi-mitteilungen.de](http://www.wsi-mitteilungen.de)**

## »Herbe Niederlage«

Aus Sicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) war die diesjährige Länder-Tarifrunde eine »herbe Niederlage«. Das stellt der Tarifkoordinator im Arbeitsbereich Angestellten- und Beamtenpolitik beim Hauptvorstand der GEW, Oliver Brüchert, in einem Beitrag für die Zeitschrift Express fest. Zwar behielten die Landesbeschäftigten durch die erreichte Lohnsteigerung von 5,68 Prozent in zwei Jahren Anschluß an Bund und Kommunen. Ein Erfolg sei zudem, daß für alle Beschäftigte ein einheitlicher Urlaubsanspruch von 30 Tagen im Jahr vereinbart wurde. Das Hauptziel der GEW, einen Eingruppierungstarifvertrag für angestellte Lehrer, wurde jedoch nicht erreicht. Die GEW will deshalb in den kommenden Monaten Druck auf die einzelnen Landesregierungen machen, um die einseitige Festlegung der Lehrer-Gehälter endlich zu beenden. (jW)

**Express - Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 4/2013, 16  
Seiten, 3,50 Euro. [www.labournet.de/express](http://www.labournet.de/express)**

*<https://www.jungewelt.de/artikel/200670.lesetips.html>*